

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Wochenblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Postgebühren). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftteile 60 Pf., für auswärtige Auftragsgeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingelant die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Postfach Nr. 22. Gemeindeverbands- Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr 191

Bad Schandau, Dienstag, den 17. August 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Gegen die widerrechtlich von der Entente geforderte Übertragung des rechten Weichselufers an Polen hat die Reichsregierung schärfsten Einspruch erhoben.
- Das ost- und westpreussische Abstimmungsgebiet ist von Ententetruppen endgültig geräumt worden.
- Wie aus Prag gemeldet wird, sind die Ententetruppen aus dem tschechisch-slowakischen Abstimmungsgebiet nach Oberösterreich abtransportiert worden.
- Entgegen anderslautenden Meldungen ziehen die Franzosen im Brückenkopf Mainz doch beträchtliche Truppenmengen zusammen.
- Wie verlautet, soll am 22. August in Berlin ein allgemeiner Kommunistenkongress zusammentreten.
- Die Schweiz trägt sich mit dem Gedanken, die staatlichen Bundesbahnen einer Privatgesellschaft zu übertragen.
- Nach Meldungen aus englischer Quelle sind Teile der russischen Armee bereits in Warschau eingedrungen.
- Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen haben unter dem Vorsitz Trotskis in Wlask ihren Anfang genommen.
- In Athen ist es aus Anlaß des Attentats auf Venizelos zu schweren Unruhen gekommen.

Warschauer Fall?

Während Herr Trotski in Wlask die Verhandlungen mit den polnischen Friedensdelegierten begonnen hat, sind die russischen bolschewistischen Vorposten bereits in die Warschauer Vorstadt Praga eingedrungen, der Kampf um die polnische Festung soll im vollen Gange sein, und nach dem bisherigen Verlauf des ganzen russisch-polnischen Feldzuges zu urteilen, ist mit dem baldigen Falle Warschauer schon zu rechnen. Denn auf einen ernsthaften polnischen Widerstand ist offenbar nicht mehr zu rechnen. Nach dem Rückschlag, der auf den Scheitern der leichtsinnigen polnischen Offensive einsetzte, folgte fast unmittelbar der katastrophale Zusammenbruch der polnischen Heere, die regimenterweise zu den Bolschewisten übergingen, und im unaufhaltsamen Nachdrängen setzte die bolschewistische Armee ihren Siegeslauf fort, der sie in raschem Tempo bis an den neugegründeten polnischen „Korridor“ und bis zur polnischen Hauptstadt brachte. Die Versuche der polnischen Heeresleitung und Diplomatie, den bolschewistischen Vormarsch durch Einräumung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen im Stillstand zu bringen, wurden durch die schlaue Politik der Sowjetdiplomatie erfolgreich durchkreuzt. Die polnischen Unterhändler wurden erst hingehalten, dann nach wie geschickt, weil sie angeblich keine ausreichenden Vorschläge hatten, dann hatte die Großfunktionäre Moskau ein paar Tage Störungen und konnte keine Warschauer Punkte aufnehmen, schließlich konnten die russischen und die polnischen Parlamentäre auf dem Wege nach Wlask nicht finden — und inzwischen gingen die für Polen so verhängnisvollen militärischen Operationen ihren Gang. Jetzt, wo die beiderseitigen Delegierten nun wirklich in Wlask zusammenstehen, ist ohne weiteres anzunehmen, daß es nicht ganz nach dem Muster von Versailles über die polnischen Angelegenheiten, den Polen stundenlang Vorträge über die bolschewistisch-marxistischen Theorien halten und lange Verhandlungen über die „Unabhängigkeit Polens“ — wie die Bolschewisten sich's denken — führen wird, wie er es im Januar 1917 gegen Kautskmann und Czernin getan. Damals erhob sich bekanntlich General Hoffmann und erklärte vernehmlich mit dem Schwert, so daß die Verhandlungen abbrach und nach Moskau zurückkehrte. Heute ist kein polnischer oder französischer Hoffmann vorhanden, der diese bolschewistische Laune zerstreut. Die Polen, von England verlassen, von Frankreich nur auf dem Papier und durch eine veraltete Intrigenpolitik unterstützt, müssen von den Bolschewisten alles hinnehmen, sie müssen handeln, während die Russen handeln. Und so ist es auch diesmal wahrscheinlich, daß in den Verhandlungen von Wlask plötzlich die Stobspeiß vom Falle Warschauer hineinkommt.

Die Aussichten, die sich aus dieser Lage ergeben, sind natürlich für die kurzlebige polnische Herrlichkeit, aber auch höchsten Maße zweifelhaft für Deutschland. Denn schließlich werden die Polen nur etwas, was sie nie befehlen, sie ernten die Früchte ihrer Verheerungen, ihrer kurzlebigen Politik des Hasses und des Undanks gegen Deutschland, und sie hüben den Schein einer Selbständigkeit ein, sie nicht ihrer Kraft verdanken, sondern der Gnade Frankreichs und Englands, das im neuen Polen ein brauchbares und willfähiges Bollwerk gegen Deutschland zu erzeugen hoffte. Nicht dieses Bollwerk zusammen, so tritt aber automatisch wieder das Ziel Frankreichs in den Vordergrund, für die unzuverlässige Stütze im Osten sich erwerbende Sicherheit im Westen zu verschaffen. Nicht Wlask schreibt gerade jetzt der offiziöse Pariser „Temps“, Frankreich habe nie daran gedacht, Truppen gegen die Note anzuentsenden. Davon wollen die französischen Arbeiter nach jahrelangem Krieg nichts mehr wissen. Darum würde es natürlich gefährlich sein, schreibt der „Temps“, ein Expeditionskorps zwischen ein feindseliges Deutschland und England zu schieben. Die französische Politik beruht aber auf dem Vertrag von Versailles Achtung zu verschaffen,

das heißt, am Rhein Wacht zu halten... „Wenn Frankreich Polen zu beschützen hätte, so müßte dies im Westen und nicht im Osten geschehen.“ Das heißt mit anderen Worten: Das linke Rheinufer, das Saargebiet und das Ruhrrevier sollen als Pfand für das polnische Reich dienen. Geht Polen zugrunde, und erweist sich das Räntenspiel am grünen Tisch der diplomatischen Koftkäuser den Bolschewisten gegenüber nicht so erfolgreich wie gegen die Deutschen in Versailles, dann versucht Frankreich im Namen der Kultur, der Freiheit, der Menschlichkeit, des Fortschritts und wie all die blendenden Schlagworte alle heißen, das westliche Industriegebiet Deutschlands einzustechen. Und wir könnten allenfalls an den „Völkerbund“ appellieren oder auf eine ferne Gerechtigkeit hoffen...

Es sind entscheidende Tage, denen wir jetzt entgegengehen. Und wir möchten hoffen, daß die unvermeidlich kommenden Entscheidungen ein würdiges Geschlecht finden, das seine große geschichtliche Aufgabe begreift. Denn schließlich — es geht um Sein oder Nichtsein Deutschlands, es geht um unser Leben und unsere Zukunft. Deutschland, vom Westen abgeschnitten, wäre zum Chaos verurteilt.

Die Schlacht um Polens Hauptstadt.

Der erste Kampftag.

Bei Warschau hat der Kampf eingesetzt. Die fremden Gesandtschaften, auch die deutsche, sind nach Polen abgereist, um nicht der Bewegungsfreiheit beraubt zu werden. Auch berichten englische Blätter, daß mindestens 300 000 Einwohner die Stadt verlassen haben aus Furcht vor den zu erwartenden Straßenkämpfen.

Der 14. August darf als erster Tag der eigentlichen Schlacht bei Warschau bezeichnet werden. Der Feind hatte im Norden der Stadt die Wlask Nowomieska-Bezirk-Radzimin-Flügel erreicht, und von dieser Linie aus sollten die 30. und 16. Sowjet-Armee auf Warschau vorstürmen. Im Zentrum der Linie liegt Radzimin, etwa 19 Kilometer von der Warschauer Vorstadt Praga entfernt, von wo aus die Weichselbrücke nach Warschau führt.

Gegen Abend war Radzimin von den Polen zurückerobert worden und damit die größte Gefahr für Warschau zunächst abgewehrt. Es scheint, als ob die polnische Heeresleitung ihre Armeen wieder stramm in der Hand hält. Mit Ausnahme einzelner Regimenter (wie beispielsweise bei der 11. Division), die Schneid im Angriff und Ausdauer in der Verteidigung vermissen ließen, hielten sich die polnischen Truppen sehr gut, manche, wie beispielsweise die litauisch-weißrussische Division, sogar ausnehmend gut.



Abgabe Kamenews an Lloyd George.

Nach Meldungen aus London hat der dortige Vertreter Sowjetrußlands einen Brief an Lloyd George gerichtet, in dem er sagt, angesichts der Feindseligkeit der französischen Regierung, die mit der polnischen Regierung ein Bündnis eingegangen sei, durch das die Haltung der Sowjetregierung erschwert werde, und das darauf hinausgehe, die internationale Friedenskonferenz zu verhindern, halte es die russische Regierung nicht für nötig, die der englischen Regierung mitgeteilten Waffenstillstandsbedingungen abzuändern. — Ferner erklärt Kamenew noch in einer Zeitungsnotiz: „Die Sowjetregierung hat weder mit Deutschland noch mit anderen Ländern ein Abkommen geschlossen, sei es direkt, sei es indirekt gegen Polen gerichtet. Die Bedingungen für den Waffenstillstand und für die Friedenspraktikanten enthalten nichts, was die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland oder deren Grenzen betrifft. Die Sowjetregierung vertritt als unwürdig jeden Gedanken daran, daß ihr Sieg über die polnischen Imperialisten dazu benutzt werden könnte, den Militarismus in Deutschland oder in irgend einem anderen Staate zu stärken. Die

Sowjetregierung weist die Absichten deutscher Militaristen ebenso heftig zurück wie die der französischen.“

Englisch-französische Flottendemonstrationen.

Ein englisches Geschwader, bestehend aus vier Kreuzern und sechs Torpedobooten, erschien in den nordrussischen Gewässern und demonstrierte auf der Höhe von Kronstadt und Narwa. Die deutsche Handelschiffahrt Lübeck—Stettin—Finnland—Göteborg wurde bisher nicht gestört. Nach einer Meldung aus Arkona passierte dort ein französisches Geschwader, bestehend aus einem kleinen Kreuzer und vier Torpedobooten, das für Memel bestimmt ist. Frankreich beabsichtigt, seine Position in Memel erheblich auszubauen.

Bergewalligung der Weichselgegend.

Deutschland von den Ufern abgeschnitten!

Trotz des für die Polen geradezu vernichtenden Abstimmungsergebnisses hat der Oberste Rat der Entente einen Beschluß gefaßt, der mit der Abstimmung absolut nicht in Einklang zu bringen ist. Die entsprechende, Deutschland überreichende Note bejaht nämlich:

Der Artikel 97 des Vertrages von Versailles hat bestimmt, daß nach Beendigung der Volksabstimmung in den Kreisen Esthland und Kurland, sowie in dem Teile des Kreises Marienburg östlich der Nogat, und auch in dem östlich der Weichsel gelegenen Kreise von Marienwerder, die alliierten und assoziierten Mächte die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen festsetzen werden, wobei zum mindesten für die gesamte Strecke, auf der die Weichsel die Grenze bildet, die volle und uneingeschränkte Überwachung des Stroms, einschließlich seines östlichen Ufers in der Tiefe, die für die Regulierungs- und Verbesserungsarbeiten erforderlich ist, Polen zugesprochen werden muß.

Auf Grund hiervon hat die Vorschlagskommission kraft ihrer Vollmacht die Grenzlinie wie folgt festgesetzt: „Von einem gemeinsamen Punkte an der Grenze Polens, Deutschlands und der Freien Stadt Danzig (dieser Punkt ist im Gelände von der im Artikel 101 des Vertrages von Versailles festgesetzten Kommission zu bestimmen) bis zu einem Punkte auf dem Ufer der Weichsel, wo die Verwaltungsgrenze zwischen den Gemeinden Kleinfelde und Schulwiefe die Weichsel berührt: eine im Gelände festzulegende Linie zwischen Fluß und Weich.“

Protest der Reichsregierung.

Die deutsche Regierung hat ihre Vertreter in Paris, London und Rom angewiesen, nachstehende Protestnote dem Obersten Rat und den dortigen Regierungen zu übergeben. Der deutsche Bevollmächtigte in Marienwerder wird diesen Protest gleichzeitig zur Kenntnis der Interalliierten Kommission in Westpreußen bringen: „Der Oberste Rat in Paris hat durch seine Entscheidung über das westpreussische Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußen von der Weichsel völlig abgeschnitten. Die deutsche Regierung hat bereits in mehrfachen Noten bei dem Obersten Rat unter eingehendster Darstellung der Verhältnisse gegen eine etwaige Lösung dieser Art Stellung genommen. Durch die Abstimmung vom 11. Juli 1920 ist der Wille der Bevölkerung einwandfrei gutgegetreten, daß das gesamte westpreussische Gebiet Deutschland zugesprochen ist; hierdurch würde auch die wirtschaftliche und geographische Lage der Ortschaften in dieser Gegend, der gemäß Artikel 97, Abs. 6, des Friedensvertrages Rechnung getragen werden soll, voll berücksichtigt. Der Friedensvertrag steht für Polen lediglich ein Stromaufsichtsrecht vor, das in keiner Weise die Begründung zu territorialen Gebietsansprüchen geben kann. Das Recht der Überwachung und Aufsicht über den Strom hat mit der Souveränität über die stromaufwärts liegende Stromhälfte und das Ufer nicht das mindeste zu tun. Deutschland hat ein ebenso dringliches Interesse an der Erhaltung guter Schiffsahrtsverhältnisse auf der Weichsel wie Polen.“

Des Völkerbundes Ende?

Wöllige Neugestaltung der Entente.

Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note ist in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Völkerbundes und eine Umgestaltung der Entente bevorstehe. Völkerbund und Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Abicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Friede in Osteuropa hergestellt sei, könnte Amerika und Frankreich auf die eine Seite, England auf die andere Seite stellen. Die amerikanische Regierung werde jedenfalls General Wangel nicht anerkennen, aber man glaube, daß Frankreich und Amerika sich in dem Widerstand gegen die Herbeiführung Auslandsvereinigen würden, und spreche deshalb von einer neuen Mächtegruppe, die Spanien, China, Frankreich und die Länder Amerikas umfasse. Trotz der Beunruhigung, die die wahrscheinliche Auflösung der Entente hervorruft, habe man in Amerika allgemein das Gefühl, daß Frankreich und England freundschaftliche Beziehungen mit einander aufrecht erhalten würden, und daß ihre Zusammenarbeit in besonders wichtigen Angelegenheiten nicht unmöglich werde.